

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/050(VI)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 09.05.2019	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00Uhr	20:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2019 und 04.04.2019
 - 3.1 14.03.2019
 - 3.2 04.04.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau
Amt 61/BauBeCon
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien

	Amt 61/Amt 63	
7	Information	
7.1	Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2018 Behindertenbeauftragter	I0089/19
8	Beschlussvorlagen	
8.1	Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten in Buckau FB 40	DS0172/19
8.1.1	Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten in Buckau BSS	DS0172/19/1
8.2	EW-Bau zur Umsetzung des veränderten Raumnutzungskonzeptes in der Feuerwache Nord, Peter-Paul-Str. 12, 39106 Magdeburg EB KGM	DS0053/19
8.3	Erweiterungsneubau der Grundschule "Ottersleben" mit Hort, Richard-Dembny-Straße 41 in 39116 Magdeburg, Bestätigung der Vorplanung EB KGM	DS0115/19
8.4	Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan 229-3 (Nördlicher Bruno- Taut-Ring) , 39130 - Bruno-Taut-Ring Amt 66	DS0110/19
8.5	Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan 235-2-1.ÄÄ (Buttergasse), 39104 - Julius-Bremer-Straße / Ecke Breiter Weg Amt 66	DS0152/19
8.6	Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme Rothensee mit Stand vom 31.12.2018 Amt 61	DS0084/19
8.7	Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 206-2 "Lorenzweg/Steinkuhle" Amt 61	DS0624/18
8.7.1	Beschluss 2.1:	
8.7.2	Beschluss 2.2:	
8.7.3	Beschluss 2.3:	
8.7.4	Beschluss 2.4:	

- | | | |
|--------|---|-----------|
| 8.8 | Satzung zum Bebauungsplan Nr. 206-2 "Lorenzweg/Steinkuhle"
Amt 61 | DS0625/18 |
| 8.9 | Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 410-4
"Industrie- und Gewerbegebiet Langer Heinrich"
Amt 61 | DS0014/19 |
| 8.9.1 | Beschluss 2.1: | |
| 8.9.2 | Beschluss 2.2: | |
| 8.9.3 | Beschluss 2.3: | |
| 8.9.4 | Beschluss 2.4: | |
| 8.9.5 | Beschluss 2.5: | |
| 8.9.6 | Beschluss 2.6: | |
| 8.10 | Satzung zum Bebauungsplan Nr. 410-4 "Industrie- und
Gewerbegebiet Langer Heinrich"
Amt 61 | DS0015/19 |
| 8.11 | Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan
Nr. 476-1 "Mariannenviertel"
Amt 61 | DS0044/19 |
| 8.11.1 | Beschluss 2.1: | |
| 8.11.2 | Beschluss 2.2: | |
| 8.11.3 | Beschluss 2.3: | |
| 8.12 | Satzung zum Bebauungsplan Nr. 476-1 "Mariannenviertel"
Amt 61 | DS0045/19 |
| 8.13 | Grundsatzbeschluss Ausbau der Wegeverbindung durch die
Kreuzhorst
Amt 61 | DS0036/19 |
| 8.14 | Neuberufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates und
Aktualisierung der Geschäftsordnung
Amt 61 | DS0118/19 |
| 9 | Anträge | |

9.1	MVB-Shoppingticket für Familien Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0026/19
9.1.1	MVB-Shoppingticket für Familien II/01	S0148/19
9.2	Gewinnung von Familienbauland SPD-Stadtratsfraktion	A0061/19
9.2.1	Gewinnung von Familienbauland FB 23	S0150/19
9.3	Vorfahrt für Gesundheit- Gesundheitsrisiken der Bevölkerung durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe reduzieren Fraktion DIE LINKE/future!	A0054/19
9.3.1	Vorfahrt für Gesundheit - Gesundheitsrisiken der Bevölkerung durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe reduzieren Amt 31	S0153/19
9.4	Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen Fraktion CDU/FDP/BfM	A0005/19
9.4.1	Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen Amt 66	S0065/19
9.5	Umschilderung Elberadweg in Randau SPD-Stadtratsfraktion	A0030/19
9.5.1	Umschilderung Elberadweg in Randau Amt 66	S0120/19
9.6	Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße Fraktion CDU/FDP/BfM	A0040/19
9.6.1	Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße Amt 66	S0122/19
9.7	Reparatur Feldweg zum Kreuzberg/ Frohser Berg SPD-Stadtratsfraktion	A0057/19
9.7.1	Reparatur Feldweg zum Kreuzberg/ Frohser Berg Amt 66	S0175/19
9.8	Hochhauskonzept Fraktion CDU/FDP/BfM	A0011/19
9.8.1	Hochhauskonzept SPD-Stadtratsfraktion	A0011/19/1
9.8.2	Hochhauskonzept Amt 61	S0043/19

9.9	Elbbebauung Fraktion CDU/FDP/BfM	A0022/19
9.9.1	Elbbebauung Amt 61	S0080/19
10	Informationen	
10.1	Renaturierung der Fließgewässer im Stadtgebiet Amt 31	I0066/19
10.2	Sachstand Hochwasserabwehr - Umsetzung der bautechnischen Ertüchtigung gefährdeter Uferbereiche in der Landeshauptstadt Magdeburg FB 62	I0071/19
10.3	Information zur Prüfung und Überwachung der Straßen- und Wegebrücke im öffentlich gewidmeten Straßen- und Wegenetz der Landeshauptstadt Magdeburg in der Zuständigkeit des Tiefbauamtes und über aktuelle Brückenzustände Amt 66	I0035/19
10.4	Tempo-30-Bereich auf der Salbker Chaussee Amt 66	I0078/19
10.5	Grüner Pfeil nur für Radfahrer Amt 66	I0099/19
10.6	Verlängerung des Tempo-30-Bereichs am Klusdamm Magdeburg Amt 66	I0102/19
10.7	Anpassung der Zweckvereinbarung zur Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und dem Landkreis Jerichower Land Amt 61	I0079/19
10.8	Sachberichte der Geschäftsstraßen- und Stadtteilmanager/-innen für das Jahr 2018 Amt 61	I0085/19
11	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
12	Mitteilungen und Anfragen	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Falko Grube

Mitglieder des Gremiums

Thomas Brestrich

Frank Schuster

Reinhard Stern

Christian Hausmann

Andrea Nowotny

Frank Theile

Vertreter

Jürgen Canehl

Karsten Köpp

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Hans-Joachim Mewes

Timo Gedlich

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Dr. Grube** begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Redebedarf wird zu folgenden Informationen angemeldet:

TOP 10.1 (I0066/19)

TOP 10.3 (I0035/19)

TOP 10.6 (I0102/19)

Abstimmung: 8-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2019 und 04.04.2019

3.1. 14.03.2019

Abstimmung: 4-0-4

3.2. 04.04.2019

Abstimmung: 6-0-2

4. Einwohnerfragestunde

1. Frau Herbert

Thema:

Bebauungsplan Nr. 258-3 „Heumarkt“ (DS0614/18, DS0614/18/1)

- Erhalt Kleingartenanlage/Änderungsantrag StBV
Wie kam dieser Änderungsantrag zustande?
- Mitteilung Verfahrensstand/Status
Wann wird die Beschlussvorlage im StBV wieder behandelt?

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters hinsichtlich einer erneuten Prüfung des Sachverhalts ein.

2. Herr Bugaisky

Thema:

Bebauungsplan Nr. 252-3 „Berliner Chaussee 1-7 /Biederitzer Weg“

- Nachteile für Bestandsgebäude
- jetzige MWG-Planungen völlig konträr gegenüber den Planungen von 2015

Herr Dr. Scheidemann (BG VI) geht auf die Möglichkeit der Beteiligung (Stellungnahme) im Rahmen der Auslegung ein.

Die ausführlichen Beantwortungen erfolgen schriftlich.

5. Lenkungsausschuss Buckau

Frau Schube (BauBeCon) geht auf den vorab verteilten Entwurf eines Anhörungsschreibens zum Sanierungsgebiet Magdeburg – Buckau ein.

Stadtrat Stern hinterfragt die Ist-Einnahme sowie die voraussichtlichen Einnahmen. Des Weiteren geht er auf den langen Bestand des Sanierungsgebietes Buckau ein und kann die Problematik Erreichbarkeit Eigentümer nicht nachvollziehen.

Frau Schube geht auf die Eigentumsverhältnisse und umfängliche Pflege der Liste ein.

Herr Herrmann (Amt 61) verweist auf das langwierige Verfahren der Grundbuchpflege.

6. Denkmale und verwahrloste Immobilien

Hierzu hat es keine aktuellen Informationen gegeben.

7. Information

7.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2018
Vorlage: I0089/19

Stadtrat Hausmann nimmt ab 16:40 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Pischner (Behindertenbeauftragter) erläutert den Jahresbericht. Er geht u.a. auf das Fehlen von DIN-gerechten barrierefreien Wohnungen ein. Mehrgeschossige Neubauten erfüllen in der Regel die Anforderungen an seniorenrechtliche Wohnungen. Barrierefrei sei allenfalls gleich zu setzen mit seniorenrechtlich. Die Forderung der BauO LSA zur Barrierefreiheit werde kaum umgesetzt.

Positiv zu erwähnen sei die Errichtung von ca. 80 Wohnungen in der Bandwikerstraße (Pfeiffersche Stiftungen Magdeburg). Diese seien teilweise auch tatsächlich barrierefrei und seniorenfreundlich (Rollstuhlbefahrung mögl.) hergerichtet.

Das gleiche gelte für Wohnungen in der Astonstraße, jedoch mangelt es hier an barrierefreien Haltestellen.

Die MVB-Haltestellen seien aus seiner Sicht das größte Problem. Hier bestehe großer Handlungsdruck bei der MVB. Der dringendste/wichtigste Handlungsbedarf sei an der Endstelle Sudenburg, stellt er noch einmal ausdrücklich fest.

Auf Doppelquerungsstellen eingehend verweist er auf Klagen/Hinweise von Rollstuhlbenutzern, hinsichtlich der Anordnung neben dem Bereich für Sehbehinderte.

Die elektronische Fahrzeitanzeige sei gut, bei manchen Haltestellen jedoch problembehaftet. Außenansagen bei Bus- und Bahnverkehr seien sehr wichtig, auch in Hinblick auf die vielen Umleitungs-/Ersatzverkehre (Nachtbuslinien).

Bemängelt wird aus seiner Sicht auch der Stand bei der Umrüstung mit akustischen Lichtsignalanlagen. Hier bestehe ein echter Bedarf.

Behindertenstellplätze entsprechen oftmals nicht den Vorschriften, insbesondere in der Innenstadt wie z.B. am Kulturhistorischen Museum.

Auf die Umgestaltung des Hauptbahnhofes eingehend verweist er auf regelmäßige Beratungen dazu. Die Erneuerung des Blindenleitsystems sei zugesichert worden.

Abschließend geht **Herr Pischner** noch auf die Elektrokleinstfahrzeuge ein (Elektroroller auf Fußweg). Hier sieht er großes Konfliktpotenzial auf Kosten der Schwächsten.

Auf dem Fußweg haben E-Roller nichts zu suchen, stellt **Stadtrat Dr. Grube** fest. Die schwächsten (Fußgänger und Kinder) werden hierdurch viel zu sehr gefährdet.

Stadtrat Stern hinterfragt die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG. Er hält die momentanen Lösungen hinsichtlich Aufzug, Rolltreppe für sehr ungenügend.

Er bittet **Herrn Pischner** auch weiterhin dahingehend Forderungen an die Deutsche Bahn AG zu stellen.

Des Weiteren geht er auf die Zunahme von Parkverstößen laut Tabelle ein. Er erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt.

Herr Pischner geht auf seine begrenzten Möglichkeiten der Einflussnahme ein. Betroffene müssten sich bei ihm melden. Die Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt sei gut, die Kapazitäten wie überall begrenzt.

Auf das Bahnhofsmanagement eingehend verweist er als Beauftragter auf seine eingeschränkten Möglichkeiten der Einflussnahme.

Die Aufzüge im Hauptbahnhof sollen durch 2 Rollstuhlfahrer gleichzeitig benutzt werden können.

Rolltreppen seien jedoch keine barrierefreie behindertengerechte Lösung.

Stadtrat Canehl bewundert die Geduld von **Herrn Pischner** hinsichtlich ÖPNV.

Er stellt fest, die MVB habe zunehmend Fahrzeugprobleme. Immer öfter werden veraltete Tatrabahnen eingesetzt. Dieses sollte jedoch immer eine Ausnahme bleiben, da diese keine barrierefreie Nutzung ermöglichen.

Der barrierefreie Haltestellenausbau sei wichtig.

Zugeparkte Einmündungsbereiche müssen mit baulichen Maßnahmen umgebaut werden (Poller).

Das Rolltreppenthema sei für ihn noch nicht abgeschlossen, stellt er abschließend klar.

Stadtrat Theile geht auf Wünsche, Mittel, Tatsachen ein. Die Baumaßnahmen hinsichtlich der Schaffung von Barrierefreiheit seien grundsätzlich im Vergleich zu dem alten Hauptbahnhof auf einem guten Weg.

Bei der barrierefreien Wohnraumversorgung fragt er nach dem Bedarf.

Wie viele Menschen suchen preiswerten barrierefreien Wohnraum?

Wie viele Betroffene fragen nach?

Wird dieses in den kommunalen Wohnungsunternehmen eingesteuert?

Herr Pischner verweist auf die unterschiedlichsten Gegebenheiten, wie z.B. erhalte er Anfragen von Betroffenen, die hier in Magdeburg passenden Wohnraum suchen, oder das Jobcenter sagt die vorhandene Wohnung sei zu teuer.

Die WOBAU habe ein gut funktionierendes Sozialcenter, die Zusammenarbeit sei gut, teilt er abschließend mit.

Das Thema barrierefreie Haltestellen werde auch von ihm weiterhin verfolgt werden, teilt **Stadtrat Hausmann** mit. Für ihn fehlen an vielen Stellen Piktogramme.

Die Stadträte bedanken sich bei **Herrn Pischner** für die Erläuterungen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8. Beschlussvorlagen

8.1. Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten in Buckau Vorlage: DS0172/19

Frau Richter (FB 40) bringt die Beschlussvorlage ein. Sie erläutert die Ergebnisse der Untersuchung zu den favorisierten 3 Schulstandorten.

Die Verwaltung empfiehlt den Standort Schanzenweg/Alt Fermersleben.

Stadtrat Hausmann geht auf die Diskussionen im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport (BSS) ein. Der Ausschuss habe u.a. auf die schlechte Schulwegsicherheit (stark befahren, LKW-Verkehre) verwiesen. Die Entfernung zum Einzugsbereich Buckau, die Zuwegung sowie die Kosten für die Sicherungsmaßnahmen wurden ebenfalls thematisiert.

Aus diesen Gründen habe sich der BSS auch einstimmig für den Standort Karl-Schmidt-Straße ausgesprochen.

Ein Schulkomplex Karl-Schmidt-Straße habe Charme, stellt **Stadtrat Schuster** fest. Aus finanzieller Sicht jedoch fraglich. Er spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus. Die Entfernung zum jeweiligen Schulstandort sei wahrscheinlich identisch und der Bau von Querungshilfen preiswerter als ein Sporthallenneubau. Die Verwaltung könnte dieses klären und im Vorfeld Verkehrsuntersuchungen durchführen.

Auf dem Grundstück an der Karl-Schmidt-Straße sei zwischenzeitlich ein Biotop entstanden, welche eine schnelle Bebauung erschweren werde.

Stadtrat Canehl geht anhand der Anlage 3 (Standort Schanzenweg) auf die Entscheidung des BSS ein.

Er geht auf die Altlastenproblematik (Karl-Schmidt-Straße) ein, mit der man sich sowieso mal auseinandersetzen müsste. Er verweist auf die steigenden Schülerzahlen im Einzugsbereich von Buckau und sieht den Bedarf für eine neue Schule in Buckau gegeben.

Der Schulstandort Fermersleben sei mit einer Hauptverkehrsstraße, zu schmalen Gehweg mit mittlerer Laterne und einer Lichtsignalanlage in großer Entfernung nicht zu befürworten. Die Kurve, den Parkplatz für die Gartenanlage sowie den Eingang über den Sportplatz hält er ebenfalls für kritisch.

Verkehrspolitisch sei mindestens ein 6-stelliger Betrag erforderlich.

Ein Synergieeffekt ergebe sich mit einem weiteren Schulneubau am Standort Karl-Schmidt-Straße.

Mit verkehrstechnischen Untersuchungen sei die Problematik Schulwegsicherheit lösbar, stellt **Stadtrat Schuster** fest. Die Karl-Schmidt-Straße müsste verkehrstechnisch auch angepasst werden. Die Zeitschiene dürfe nicht verachtet werden.

Stadtrat Stern hinterfragt ein Verkehrskonzept für Fermersleben um den Standort präferieren zu können. Er spricht sich für den Standort Fermersleben aus, damit könne auch eine Aufwertung für Fermersleben verbunden sein.

Viele Eltern werden sowieso auf das Auto zurückgreifen und die Kinder fahren.

Eine Verbindung zwischen Karl-Schmidt-Straße und Schanzenweg mit Fußweg wäre eine gute Sache.

Der Zeitfaktor sowie die Finanzierung stehen im Focus.

Stadtrat Canehl sieht die Probleme auch als lösbar an, aber vernünftige Verkehrskonzepte müssen finanziert und umgesetzt werden können.

Stadtrat Theile stellt fest, beide Standorte haben ihre Vor- bzw. Nachteile. Die Eigentumsverhältnisse, Kosten, Zeit sprechen für den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Grube sieht in der Gesamtbetrachtung den Standort Karl-Schmidt-Straße als seinen Favoriten.

Mit Fertigstellung des EDEKA sei mit zusätzlichem Verkehr für den Bereich Fermersleben zu rechnen. Damit werde für Buckauer Schüler der Schulweg zum Schanzenweg sehr viel schwieriger. Generell sollten Schüler dort zur Schule gehen wo sie leben.

Der Standort Schanzenweg sollte aber als potenzieller Schulstandort vorgehalten werden.

Stadträtin Nowotny hinterfragt die Sporthallensituation im Bereich Karl-Schmidt-Straße.

Frau Richter verweist auf den Gesamtstandort.

Herr Dr. Scheidemann (BG VI) informiert über die bewusste Schließung der Karl-Schmidt-Straße und verweist auf die zu bewältigenden Schleichverkehre. Er befürchte, dass das Einkaufszentrum Forderungen nach Anschluss erheben werde.

Der Standort Schanzenweg mit Querungshilfen etc. sei der wirtschaftlichste Standort.

Verkehrskonzepte für die Standorte werden selbstverständlich erstellt.

Stadtrat Stern stellt den Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag), die Beschlussvorlage zurück in die Verwaltung zu überweisen und unterstreicht den kritischen Punkt Verkehrskonzept.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich gegen den GO-Antrag aus. Das Verkehrskonzept sei hier nicht das entscheidende, beide Standorte seien vorstellbar.

Abstimmung zum GO-Antrag: 4-5-0 nicht empfohlen

Abstimmung zur DS0172/19: 5-4-0 geändert empfohlen

8.1.1. Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten
in Buckau
Vorlage: DS0172/19/1

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0172/19/1: 5-4-0

- 8.2. EW-Bau zur Umsetzung des veränderten
Raumnutzungskonzeptes in der Feuerwache Nord, Peter-Paul-
Str. 12, 39106 Magdeburg
Vorlage: DS0053/19
-

Herr Scharff (EB KGM) bringt die Beschlussvorlage ein. Er geht auf die Platzkapazität für die Kameraden der Feuerwehr ein, die unstrittig sei.

Den jetzt geplanten Umbau der vor 10 Jahren neugebauten Feuerwache sieht er wirtschaftlich als sehr kritisch.

Stadtrat Dr. Grube stimmt der Beschlussvorlage zu und verweist auf ordentliche, den Anforderungen entsprechende Arbeitsbedingungen, die entstehen sollten.

Stadtrat Stern fragt, ob die hier erforderlichen Umbaumaßnahmen auch für die Freiwilligen Feuerwehren gelten.

Freiwillige Feuerwehren brauchen keine Ruheräume und haben dieses Raumproblem nicht, teilt der Wachleiter der Feuerwache Nord, **Herr Sieveritz** dazu mit.

Abstimmung zur DS0053/19: 9-0-0

- 8.3. Erweiterungsneubau der Grundschule "Ottersleben" mit Hort,
Richard-Dembny-Straße 41 in 39116 Magdeburg, Bestätigung
der Vorplanung
Vorlage: DS0115/19
-

Herr Reum (EB KGM) erläutert die Umbaumaßnahmen.

Stadtrat Canehl bedauert den Verlust der Bäume durch den Erweiterungsneubau. Eine neue Schule wäre ihm lieber. Wie wurde der Bedarf an Schulhofflächen geregelt/berechnet, fragt er. Des Weiteren hinterfragt er eine Funktionalausschreibung, die doch kostensparender sei und verweist auf die guten Erfahrungen bei den KITA-Neubauten.

Stadtrat Stern geht auf die Fördermittelproblematik ein, deshalb werde nicht auf einen Generalunternehmer gesetzt. Er sieht hier das Ministerium in der Pflicht zur Unterstützung.

Stadtrat Canehl sieht die Bereitstellung von Schulen als Pflichtaufgabe der Stadt.

Stadtrat Köpp verweist auf den eigenen Wirkungskreis und die Pflichtaufgabe der Stadt hier.

Stadtrat Dr. Grube bezweifelt eine Erhöhung von Fördermitteln durch das Land. Ein Generalunternehmer führe aus seiner Sicht nicht unbedingt zu einer Kostenersparnis, zu einer Entlastung des EB KGM eventuell schon.

Herr Reum verweist auf die erstellte Machbarkeitsstudie. Er geht auf den teilweise verkehrsunsicheren Wildbewuchs sowie die Planung der 5-Zügigkeit ein. Er geht auf den Schulsportbereich im Umfeld ein und erläutert die Anforderungen (5 m² /Kind) hinsichtlich Platzbedarf. Für diesen Standort werde mit ca. 8 m²/Kind geplant. Über Funktionalausschreibung könne gegebenenfalls immer noch nachgedacht werden.

Abstimmung zur DS0115/19: 9-0-0

- 8.4. Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan 229-3 (Nördlicher Bruno-Taut-Ring) , 39130 - Bruno-Taut-Ring
Vorlage: DS0110/19
-

Herr Gebhardt (AL 66) erläutert die Beschlussvorlage.

Abstimmung zur DS0110/19: 9-0-0

- 8.5. Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan 235-2-1.ÄÄ (Buttergasse), 39104 - Julius-Bremer-Straße / Ecke Breiter Weg
Vorlage: DS0152/19
-

Stadtrat Hausmann ist zur Abstimmung nicht anwesend.

Herr Gebhardt (AL 66) bringt die Beschlussvorlage ein.

Abstimmung zur DS0152/19: 7-1-0

- 8.6. Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme Rothensee mit Stand vom 31.12.2018
Vorlage: DS0084/19
-

Herr Dr. Scheidemann (BG VI) bringt die Beschlussvorlage zur Entwicklungsmaßnahme Rothensee ein.

Stadtrat Stern geht auf die enormen Defizite ein. Die Ausgaben übersteigen nach wie vor die Einnahmen in der Zone IV, stellt er fest.

Herr Dr. Scheidemann geht auf die Eigentumsverhältnisse in der Zone IV ein. Die Stadt sei hier nicht Grundstückseigentümer, der überwiegende Teil befinde sich im Privateigentum. Positiv verweist er auf das Ausschreibungsergebnis.

Abstimmung zur DS0084/19: 9-0-0

- 8.7. Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 206-2 "Lorenzweg/Steinkuhle"
Vorlage: DS0624/18
-

Im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung wurde bis in die Vorentwurfsphase in mehreren Varianten gearbeitet. Aufgrund der Entscheidung zur Nachnutzung der Berufsschulgebäude für das neue Editha-Gymnasium ruhte das Aufstellungsverfahren bis zur Entscheidung des Stadtrates zum Ersatzneubau der Hermann-Gieseler-Halle am Standort Lorenzweg. Das Bebauungsplanverfahren wurde danach mit neuer Zielstellung fortgeführt, erläutert **Frau Mrochen** (Amt 61) die Beschlussvorlage.

Abstimmung zur DS0624/18: 9-0-0

8.7.1. Beschluss 2.1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (9-0-0)** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV563-50(VI)/19**.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird gefolgt.

8.7.2. Beschluss 2.2:

Stadtrat Hausmann verweist auf den Grenzbereich der Kaltluftschneise und geht auf die Diskussion im Umweltausschuss ein. Der Ausschuss konnte der Verwaltung hinsichtlich der P+R-Fläche nicht folgen.

Frau Mrochen geht auf die Übernahme der Planung der Sporthalle in den Bebauungsplan mit den dazugehörigen Parkplätzen ein. Ein P+R-Parkplatz war hier kein Planungsziel.

Stadtrat Brestrich kritisiert den unterschiedlichen Umgang im Rahmen des stadtklimatischen Baubeschränkungsbereichs.

Des Weiteren geht er auf das Thema Eibe ein. Diese Diskussion erscheine ihm aus rein forstwirtschaftlicher Sicht fraglich. Die Eibe, um die sich die Diskussion drehe, sei ein Busch, stellt er abschließend fest.

Stadtrat Schuster erkundigt sich nach dem Standort der Eibe.

Frau Mrochen geht darauf ein und erläutert die Messung nach Baumschutzsatzung. Die Festsetzung der Eibe zum Erhalt beruht auf der Wertigkeit aus naturschutzfachlicher Sicht als Nistplatz und Rückzugsort für Vögel, nicht wegen des Ortsbildes.

Stadtrat Canehl geht auf den Naturschutz sowie den Artenschutz für Vögel ein und kann den Erhalt nachvollziehen.

Er begrüßt die doppelreihige Bepflanzung, hinterfragt aber die Berücksichtigung der Anträge aus der Vorphase.

Abschließend verweist **Stadtrat Schuster** auf die aufgefüllte Mülldeponie hier.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **7-0-2** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV564-50(VI)/19**.

Beschluss 2.2: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

8.7.3. Beschluss 2.3:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **6-1-2** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV565-50(VI)/19**.

Beschluss 2.3: Der Stellungnahme wird gefolgt.

8.7.4. Beschluss 2.4:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (9-0-0)** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV566-50(VI)/19**.

Beschluss 2.4: Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

8.8. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 206-2 "Lorenzweg/Steinkuhle"
Vorlage: DS0625/18

Frau Mrochen (Amt 61) erläutert die Satzung.

Stadtrat Canehl fragt nach dem Stand zum Geh- /Radweg aus der Diskussion zum Lorenzweg. Ist vorgesehen den gemeinsamen aufzuheben. Den Wegfall des Garagenkomplexes sehe er kritisch und er fragt nach der Möglichkeit einer Doppelnutzung von Stellplätzen für die Sporthalle.

Frau Mrochen verweist auf die Zuständigkeit des EB KGM hinsichtlich der Bewirtschaftung. Eine Doppelnutzung werde für die Stellplätze des Baudezernates vorgesehen. Auf den gemeinsamen Geh- /Radweg eingehend, teilt **Frau Mrochen** mit, dass dieser Bereich der Albert-Vater-Straße bis zur Tankstelle planfestgestellt wurde und nicht im Regelungsbereich des Bebauungsplanes liege.

Abstimmung zur DS0625/18: 8-0-1

8.9. Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 410-4
"Industrie- und Gewerbegebiet Langer Heinrich"
Vorlage: DS0014/19

Das Gelände präsentiert sich zum heutigen Zeitpunkt größtenteils als beräumt, mit vereinzelt unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden.

Ausgelöst durch die Erweiterungsabsichten eines im Umfeld ansässigen Unternehmens auf Teilflächen des Plangebietes müsse eine ganzheitliche Betrachtung des Areals vorgenommen werden, führt **Frau Lehmann** (Amt 61) in die Beschlussvorlage ein.

Abstimmung zur DS0014/19: 8-1-0

8.9.1. Beschluss 2.1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **7-1-1** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV567-50(VI)/19**.

Beschluss 2.1: Der Anregung wird nicht gefolgt.

8.9.2. Beschluss 2.2:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **5-1-3** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV568-50(VI)/19**.

Beschluss 2.2: Der Anregung wird nicht gefolgt.

8.9.3. Beschluss 2.3:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **6-1-2** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV569-50(VI)/19**.

Beschluss 2.3: Der Anregung wird nicht gefolgt.

8.9.4. Beschluss 2.4:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **8-0-1** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV570-50(VI)/19**.

Beschluss 2.4: Der Anregung wird nicht gefolgt.

8.9.5. Beschluss 2.5:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (9-0-0)** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV571-50(VI)/19**.

Beschluss 2.5: Der Anregung wird nicht gefolgt.

8.9.6. Beschluss 2.6:

Der Wunsch des Ausschusses sei es, bei einer realen Erschließung eine fußläufige Verbindung Richtung Dodendorfer Straße mit zu berücksichtigen, so der **Vorsitzende Stadtrat Dr. Grube**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **8-0-1** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV572-50(VI)/19**.

Beschluss 2.6: Der Anregung wird nicht gefolgt.

8.10. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 410-4 "Industrie- und Gewerbegebiet Langer Heinrich"
Vorlage: DS0015/19

Zur Satzung gab es keine Nachfragen.

Abstimmung zur DS0015/19: 8-1-0

- 8.11. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum
Bebauungsplan Nr. 476-1 "Mariannenviertel"
Vorlage: DS0044/19
-

Stadtrat Köpp ist während der Beratung des TOP 8.11 und 8.12 nicht anwesend.

Frau Lehmann (Amt 61) erläutert die Planungsziele.

- Ausweisung eines öffentlichen Quartiersplatzes;
- Untersuchung der Wegeverbindung Richtung Salbker See;
- Prüfung barrierefreien Ausbau der Straßenbahn-Haltestelle „Mariannenstraße“;
- Planerische Konkretisierung der Zielstellung der Erhaltungssatzung zum Schutz des städtebaulichen Gesamtcharakters.

Abstimmung zur DS0044/19: 8-0-0

8.11.1. Beschluss 2.1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (8-0-0)** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV573-50(VI)/19**.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird gefolgt.

8.11.2. Beschluss 2.2:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (8-0-0)** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV574-50(VI)/19**.

Beschluss 2.2: Der Stellungnahme wird gefolgt.

8.11.3. Beschluss 2.3:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (8-0-0)** den Vorbehaltsbeschluss mit Beschlussnummer: **StBV575-50(VI)/19**.

Beschluss 2.3: Der Stellungnahme wird gefolgt.

- 8.12. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 476-1 "Mariannenviertel"
Vorlage: DS0045/19
-

Frau Lehmann (Amt 61) bringt die Satzung ein.

Die Stadträte hatten keine Nachfragen.

Abstimmung zur DS0045/19: 8-0-0

8.13. Grundsatzbeschluss Ausbau der Wegeverbindung durch die Kreuzhorst
Vorlage: DS0036/19

Herr Schröter (Amt 61) bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Brestrich geht auf die Eigentumsverhältnisse ein und erkundigt sich nach der Beteiligung der unterschiedlichen Eigentümer. Die Forstverwaltung stehe der Maßnahme nicht entgegen.

Abstimmungsgespräche mit den Eigentümern laufen, teilt **Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) mit. Er verweist auf die Umsetzung in Betonbauweise um unterschiedlichsten Nutzeransprüchen gerecht werden zu können. Im Rahmen des Ausbaus sollen Vorkehrungen zur modernen Medienversorgung mit getroffen werden.

Stadtrat Brestrich findet diese Versiegelung in einem Naturschutzgebiet fraglich und verweist abschließend erneut auf die Verkehrssicherungspflicht des Eigentümers, u.a. Forstverwaltung, die zu regeln sei.

Stadtrat Stern hält die Maßnahme für überzogen sowie Bitumen und Beton in der Kreuzhorst zu verbauen für nicht angebracht. Fahrradfahrern und Fußgängern stehe doch ein „naturbelassener“ Weg zur Verfügung.

Stadträtin Nowotny spricht sich ebenfalls gegen Bitumen und Beton im Naherholungsgebiet Kreuzhorst aus.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Anfragen aus den Randgemeinden hinsichtlich der Wegebeziehung. Hier handele es sich um einen Grundsatzbeschluss, um auch Planungen und Kosten diskutieren zu können.

Stadtrat Dr. Grube teilt seine Skepsis mit. Einer Breitbandversorgung in diesem Bereich sei zu begrüßen, eine Versiegelung mit Beton werde er nicht mittragen.

Stadtrat Stern geht auf den Kulturlandschaftlichen Erlebnispfad ein. Er verweist auf die bestehende Verbindung zwischen Pechau und Randau und hätte Leerrohre in diesem Bereich integriert, schlägt er vor.

Stadtrat Brestrich spricht sich noch einmal ausdrücklich gegen die Verarbeitung von Bitumen aus und bittet um Beteiligung der Eigentümer bei der Beschilderung. Der Schutzcharakter und die Entbindung von Haftung der Eigentümer sei ihm wichtig und zu beachten.

Abstimmung zur DS0036/19: 5-1-3

8.14. Neuberufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates und Aktualisierung der Geschäftsordnung
Vorlage: DS0118/19

Frau Grosche (Amt 61) erläutert die nunmehr vorgesehene Zusammensetzung des Gestaltungsbeirates.

Stadtrat Dr. Grube geht auf den § 7 (3) ein und spricht sich dafür aus, das Wort „alle“ durch „die“ zu ersetzen.

Des Weiteren geht er auf den empfehlenden Charakter des Gestaltungsbeirats ein und verweist auf den § 8.

Stadtrat Theile schließt sich den Ausführungen von **Stadtrat Dr. Grube** an. Ihm fehlen Aussagen in der Geschäftsordnung hinsichtlich der Rolle des Gestaltungsbeirates, z.B. „Der Stadtrat ist an die Empfehlungen nicht gebunden“. Er sieht mögliches Konfliktpotenzial dadurch und bittet um Klarstellung in der Beschlussempfehlung.

Stadtrat Stern hält die ursprüngliche Fassung des § 3 (1) für geeigneter und spricht sich für beibehalten der ursprünglichen Fassung aus.

Das Stimmrecht für den ehrenamtlichen Denkmalpfleger sollte noch einmal überprüft werden. Ebenso einen stimmberechtigten Stadtrat aus jeder Fraktion im Gestaltungsbeirat mit zu integrieren.

Weiterhin geht er auf das Befangenheits- und Mitwirkungsverbot ein und fragt nach der Zustimmung der jeweiligen Bauherren, wenn die Öffentlichkeit über die Empfehlungen informiert wird. Hier sieht er Nachholbedarf und fragt, wie handhaben es Städte wie Leipzig oder Dresden.

Ein Votum sollte der Gestaltungsbeirat ohne die Einbeziehung der politischen Gremien fassen können, ist **Stadtrat Schusters** Meinung.

Der § 3 (1) könne aus seiner Sicht auch in der „alten“ Fassung bleiben. Das Stimmrecht für den Denkmalpfleger sei zu streichen.

Der § 8 sei komplett zu streichen.

Stadtrat Dr. Grube schließt sich den Ausführungen von **Stadtrat Schuster** an.

Stadtrat Stern verweist auf die Idee aus dem Jahr 2015 zur Entsendung eines Vertreters aus jeder Fraktion und spricht sich für einen Änderungsantrag dazu aus.

Änderungsantrag:

„Jeder Fraktion soll die Möglichkeit eingeräumt werden ein nichtstimmberechtigtes Mitglied zu entsenden“.

Er begründet dieses mit mehr Transparenz.

Abstimmung zum Änderungsantrag: 3-5-1 nicht empfohlen

Der **Vorsitzende Stadtrat Dr. Grube** lässt abschließend über die weiteren Änderungsvorschläge der Geschäftsordnung punktweise abstimmen.

Änderungsantrag:

- § 3 (1) soll nachfolgende Fassung erhalten.

Neu: § 3 Zusammensetzung, Berufung und Amtsdauer des Beirates

(1) Der Beirat setzt sich aus 5 stimmberechtigten Mitgliedern mit hohem fachlichen Ansehen zusammen, das sind:

- mindestens 2 Architekten(innen)/ **Bauingenieur(in)**

- 1 Landschaftsarchitekt(in)

- 2 Stadtplaner(in)

Abstimmung: 7-0-2

- § 3 (1) letzter Absatz soll das Stimmrecht für den Denkmalpfleger gestrichen werden.

Neu § 3 (1)ist ein ehrenamtlicher Denkmalpfleger ~~mit Stimmrecht einzubeziehen.~~

Abstimmung: 8-0-1

- § 7 (3) Satz 2 wird das Wort „alle“ durch „die“ ersetzt.

Neu § 7 (3)**die** Stadträtinnen und Stadträte vorgelegt.

Abstimmung: 9-0-0

- § 8 ist komplett zu streichen.

Abstimmung: 8-0-1

Stadtrat Stern geht auf den § 3 (3) ein und spricht sich für einen maximalen Berufungszeitraum aus. Hierzu formuliert er einen weiteren Änderungsantrag.

Abstimmung zum Änderungsantrag: 3-4-2 *nicht empfohlen*

Abstimmung zur DS0118/18: 8-0-1 empfohlen mit Änderungsantrag

9. Anträge

9.1. MVB-Shoppingticket für Familien Vorlage: A0026/19

vertagt

9.1.1. MVB-Shoppingticket für Familien Vorlage: S0148/19

vertagt

9.2. Gewinnung von Familienbauland Vorlage: A0061/19

vertagt

9.2.1. Gewinnung von Familienbauland Vorlage: S0150/19

vertagt

9.3. Vorfahrt für Gesundheit- Gesundheitsrisiken der Bevölkerung durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe reduzieren
Vorlage: A0054/19

vertagt

9.3.1. Vorfahrt für Gesundheit - Gesundheitsrisiken der Bevölkerung durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe reduzieren
Vorlage: S0153/19

vertagt

9.4. Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen
Vorlage: A0005/19

vertagt

9.4.1. Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen
Vorlage: S0065/19

vertagt

9.5. Umschilderung Elberadweg in Randau
Vorlage: A0030/19

vertagt

9.5.1. Umschilderung Elberadweg in Randau
Vorlage: S0120/19

vertagt

9.6. Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße
Vorlage: A0040/19

vertagt

9.6.1. Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße
Vorlage: S0122/19

vertagt

9.7. Reparatur Feldweg zum Kreuzberg/ Frohser Berg
Vorlage: A0057/19

vertagt

9.7.1. Reparatur Feldweg zum Kreuzberg/ Frohser Berg
Vorlage: S0175/19

vertagt

9.8. Hochhauskonzept
Vorlage: A0011/19

vertagt

9.8.1. Hochhauskonzept
Vorlage: A0011/19/1

vertagt

9.8.2. Hochhauskonzept
Vorlage: S0043/19

vertagt

9.9. Elbbebauung
Vorlage: A0022/19

vertagt

9.9.1. Elbbebauung
Vorlage: S0080/19

vertagt

10. Informationen

10.1. Renaturierung der Fließgewässer im Stadtgebiet
Vorlage: I0066/19

vertagt

10.2. Sachstand Hochwasserabwehr - Umsetzung der
bautechnischen Ertüchtigung gefährdeter Uferbereiche in der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: I0071/19

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

10.3. Information zur Prüfung und Überwachung der Straßen- und
Wegebrücke im öffentlich gewidmeten Straßen- und Wegenetz
der Landeshauptstadt Magdeburg in der Zuständigkeit des
Tiefbauamtes und über aktuelle Brückenzustände
Vorlage: I0035/19

vertagt

10.4. Tempo-30-Bereich auf der Salbker Chaussee
Vorlage: I0078/19

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

10.5. Grüner Pfeil nur für Radfahrer
Vorlage: I0099/19

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

- 10.6. Verlängerung des Tempo-30-Bereichs am Klusdamm
Magdeburg
Vorlage: I0102/19
-

vertagt

- 10.7. Anpassung der Zweckvereinbarung zur Durchführung des
öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs zwischen der
Landeshauptstadt Magdeburg und dem Landkreis Jerichower
Land
Vorlage: I0079/19
-

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

- 10.8. Sachberichte der Geschäftsstraßen- und Stadtteilmanager/-
innen für das Jahr 2018
Vorlage: I0085/19
-

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

11. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Herr Gebhardt (AL 66) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Baufortschritt. Er geht auf die Nachfrage von **Stadtrat Stern** zum Erdaushub ein, der bei 500 – 600 m³ täglich liege, was einer Menge von ca. 40 LKW- Ladungen entspreche. **Stadtrat Sterns** Frage zielte aber auf den täglichen Vorschub ab. Bis Ende April werden ca. 7500 m³ Erdaushub aus der Baustelle befördert sein, berichtet **Herr Gebhardt** weiter, am Tag somit ca. 7 Meter. Die Erdarbeiten auf der Westseite werden voraussichtlich Juni/Juli 2019 beendet sein.

Stadtrat Stern hinterfragt die geplante Nutzbarkeit des Tunnels für Fußgänger und Radfahrer. **Herr Gebhardt** verweist auf die Aussagen im letzten StBV dazu. Die Zielstellung der Straßenbahninbetriebnahme ist Dezember 2019 bzw. Januar 2020 durch die Tunnelbaustelle.

Stadtrat Canehl hinterfragt Planungen der MVB den Hauptbahnhof zu bedienen. Die MVB werde den Willy-Brandt-Platz bedienen, teilt **Herr Gebhardt** mit.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

12. Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Dr. Grube geht auf die durch die Baustelle und die daraus folgende Problematik Fahrradstellflächen/Fahrradständer am „Café Central“ ein. Er erkundigt sich nach kurzfristigen Lösungsmöglichkeiten (1 ESP/Fahrradständer) bei der Verwaltung.

Grund für die beengte Situation ist ein Baukran, der im Herbst 2018 zur Dachsanierung des Nachbarhauses aufgebaut worden war, führt **Herr Gebhardt** dazu aus.

Der (gleiche) Eigentümer des Wohnhauses, in dem sich das „Café Central“ befinde, werde auch in den nächsten Tagen zur Dachsanierung dieses Gebäudes ein Gerüst aufbauen lassen, teilt er mit.

Stadtrat Canehl geht auf die Problematik Stellplätze für Fahrräder im Bereich Hasselbachplatz ein und verweist auf Lübeck wo jeder 4. PKW-Stellplatz zu Fahrradabstellanlagen umgewandelt worden sei.

Stadtrat Köpp hinterfragt den Abriss des Achterruderkastens Seilerwiesen 3 und verweist auf das Wintertraining. Er teilt mit, dass kein adäquater Ersatz für die Vereine bestehe und sieht dringenden Handlungsbedarf.

Herr Dr. Scheidemann (BG VI) verweist auf die Zuständigkeit des FB Schule und Sport.

Stadtrat Stern verweist auf seinen Antrag zur Vorstellung der Planungen des Kölner Platzes in den Fachausschüssen. Er fragt, was hat die Stadt eingebracht und wann werde diese vorgestellt.

Des Weiteren bittet er um einen Sachstand zum Strombrückenneubau.

Stadtrat Schuster fragt nach der tatsächlichen Wiederfreigabe der Straße An der Steinkuhle.

Herr Gebhardt sagte eine kurzfristige Information über die noch offenen Restleistungen sowie exakten Bauzeiten durch den Bauherrn, den SWM, zu.

Am 13.05.2019 informierte SWM Stadtrat Schuster und mit einer aktuellen Anwohnerinformation am 14.05.2019 die Anlieger der Steinkuhle.

Stadträtin Nowotny verweist auf Nachfragen aus der GWA-Nordwest, wo nach dem Stand der Überplanung Olvenstedter Scheid gefragt wurde.

Der Verwaltung liegen keine neuen Anträge vor, teilt **Herr Dr. Scheidemann** mit.

Den aktuellen Stand zum SB-Markt in der St.-Josef-Straße möchte **Stadträtin Nowotny** noch abschließend wissen.

Die Beschlussvorlage werde mit Eilbegründung zur Beschlussfassung voraussichtlich in der Juni-Stadtratssitzung behandelt, informiert **Herr Dr. Scheidemann**.

Stadtrat Canehl geht auf das Hochhauskonzept ein. Er sieht dieses als Hebel für den Rahmenplan Innenstadt und fragt wie die Stadträte mit einbezogen werden. Er bittet um Informationen im nächsten StBV dazu.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Falko Grube
Vorsitzende/r

Corina Nürnberg
Schriftführer/in